

Fr 1. 11. 2003

Kreis

RHEIN MAIN PRESSE

Polder kann kommen

Bodenheimer Gemeinderat segnet Forderungskatalog ab

BODENHEIM - Polderbau in Bodenheim? Ein Thema, das seit Jahren nicht nur durch das Unterfeld geistert und seit Bekanntwerden des Vorhabens 1992 regelmäßig auf Ablehnung in Reihen des Gemeinderats sowie des Großteils der Bevölkerung stößt.

Von unserer
Mitarbeiterin
Petra Escher

Das Land Rheinland-Pfalz ist aufgrund nationaler und internationaler Vereinbarungen dazu verpflichtet, am Oberrhein Rückhalteraum zu schaffen, um der Verschärfung des Hochwasserabflusses für die Unterlieger entgegenzuwirken. Doch auch wenn die Realisierung der Retentionsflächen im Unterfeld den Bodenheimern stets ein Dorn im Auge war, haben zahlreiche Diskussionen, Informationsveranstaltungen und reger Schriftwechsel mit den zuständigen Behörden klar gemacht: Der Polderbau in Bodenheim und Laubenheim ist wohl nicht zu verhindern.

Fragen, Probleme und Fakten wurden deshalb zusammengefasst und werden nun in das laufende Planfeststellungsverfahren eingebracht. Der Gemeinderat sprach sich einstimmig für einen entsprechenden Forderungskatalog aus, der auf einem Beschlussvorschlag der VG basiert.

Für Bürgermeister Alfons Achatz (CDU) bedeutet das:

„Nur wenn alle von uns vorgebrachten Bedenken und Hinweise beachtet und berücksichtigt werden, lassen sich möglicherweise langfristig und zukunftsorientiert alle Gefahren, die mit dem Polderbau verbunden sind, in einem Maße minimieren, wie es nach heutigen Erkenntnissen der Fall sein könnte.“

Klar ist nämlich auch, dass die von der Landesregierung vorgelegten Gutachten, beispielsweise zur Druckwasserproblematik, auf reiner Theorie beruhen. Für Ewald Pfeiffer (CDU) steht fest: „Das Land will und wird den Polder bauen, Verweigerungspolitik bringt uns nicht weiter. Wir müssen versuchen, die größtmögliche Sicherheit herauszuholen.“

Ähnlich sah dies auch der Fraktionssprecher der SPD, Stefan Kehrer: „Für eine Kehrtwendung ist es zu spät. Wir sind bereit, uns flexibel zu zeigen, wenn eine vertretbare Lösung gefunden wird.“ Er kritisierte aber die späte Gesprächsbereitschaft.

Bürgermeister Achatz entgegnete allerdings, die Punkte des Forderungskatalogs seien

inhaltlich schon jahrelang verfolgt worden. Die Schritte seien außerdem immer zwischen Stadt Mainz, VG und Ortsgemeinde abgestimmt worden.

Am Katalog selbst hatten die Ratsmitglieder inhaltlich wenig auszusetzen. Als besonders wichtig sah der Rat die Umkehrung der Beweislast im Schadensfall an. „Wir sollten uns hier auf keine Diskussionen einlassen“, appellierte Horst Kasper (SPD).

Die Auflistung beinhaltet aber auch die Forderung nach Kostenübernahme für eine nachhaltige Grundwasserregulierung als Entschädigung der entstehenden Minderung der Lebens-, Erholungs- und Naturqualität des Unterfelds. Aufgeführt sind außerdem die Wiederherstellung von Gräben und Wirtschaftswegen sowie Schadstoffuntersuchung der Böden nach Flutungen und die umgehende Entschädigung für Ernteauffälle.

Der Rat fordert weiterhin den Bau des Polders erst nach Abschluss und Dokumentation der Grundwasserabsenkungsmaßnahmen zu beginnen.